

Einerseits und andererseits

Es ist ein typischer Fall von unterversichert sein. Gut zu wissen, dass die Bundesregierung hilft, wenn einem das im Alltag passieren sollte. Einerseits ist es eine schöne weihnachtliche Geste von uns Steuerzahlern, den **Thomas Cook** Geschädigten die Kosten für gebuchte Pauschalreisen zu erstatten. Andererseits ist es eine Unverschämtheit. „Die Schadenssumme liegt nach vorläufigen Berechnungen mit 287,4 Millionen Euro deutlich über der versicherten Summe von 110 Millionen Euro.“ Quelle: Zeit Online

Betrachtet man den Vorgang genau, so treten Versäumnisse der Bundesregierung zutage. „Die Kunden von Thomas Cook haben auf den Sicherungsschutz vertraut, der ihnen laut Paragraph 651r des Bürgerlichen Gesetzbuchs zusteht - dieser soll auch garantiert werden“, erklärte das Bundesjustizministerium. Ungewohnt fürsorglich zeigt sich die Bundesregierung: „Es sei den Kunden nicht zumutbar, sich im Alleingang an die Klärung der komplexen offenen Rechtsfragen zu machen, um an ihr Geld zu kommen.“ „Das deutsche Reiserecht orientiert sich bei der Begrenzung der Kundengeldabsicherung an der Größe der bisher bekannten Insolvenzen von Reiseveranstaltern. Die Thomas-Cook-Pleite sprengt diesen Rahmen bei weitem.“ Und Justizministerin **Christine Lambrecht** (SPD) setzt noch eins drauf: „...es sei zudem bislang nicht geklärt, ob die Haftungssumme überhaupt richtig berechnet wurde. Mit der Übernahme der Kosten soll der ‚Vertrauensschutz‘ gewahrt werden.“ Quelle: tagesschau.de

Nichts ist natürlich wichtiger als das Vertrauen in unsere Bundesregierung. Und da nach einer Meldung in der Zeitschrift Cicero, Bundesfinanzminister **Olaf Scholz** „mit einem Male nichts mehr von der Schwarzen Null wissen will und er obendrein noch behauptet, er habe das schon immer gesagt“, ist die Finanzierung doch kein Problem.

Während **Klaus Müller**, der Chef der Verbraucherzentrale, die Entscheidung der Bundesregierung begrüßt und nun „unbürokratische Auszahlungen und eine bessere zukünftige Absicherung von Pauschalreisen fordert“, sehen zumindest die Oppositionsparteien den Vorgang kritischer. „Dass nun der Steuerzahler einspringen soll, ist ein Schuldeingeständnis der Großen Koalition. Sie hat die EU-Gesetzgebung offenbar mangelhaft umgesetzt“, wird **Michael Theurer**, der stellvertretende Fraktionschef der FDP, bei tagesschau.de zitiert. „Es kann nicht angehen, dass Risiken verstaatlicht und Gewinne privatisiert werden.“ Nein, natürlich nicht, das ist doch aber in vielen Fällen staatliche Praxis, nicht nur in sozialistischen Ländern. „Auch die Grünen-Politiker **Markus Tresselt** und **Tabea Rößner** meinten, der Schritt

komme einem Schuldeingeständnis der Bundesregierung gleich: „Mit der Begrenzung der Haftungssumme hat die Bundesregierung den Reisekonzernen jahrelang niedrigere Versicherungsprämien beschert.“¹ tagesschau.de

Vergessen wird bei den Schuldzuweisungen allerdings, dass vor allem das Management von Thomas Cook versagt hat. Merkt man nicht, wenn sein Unternehmen droht, an die Wand zu fahren? „Sie häuften mehr als eine Milliarde Euro Schulden an und trieben den britischen Reisekonzern so in die Pleite. Dennoch kassierten die Thomas-Cook-Manager üppige Bonus-Zahlungen.“ Quelle: stern

Es geht um Millionen für die Pleite-Manager, während die Beschäftigten leer ausgehen. Ob sich die Beschäftigten freuen, dass wenigstens ihre Kunden entschädigt werden, darf bezweifelt werden.

Apropos Beschäftigte. Natürlich kann jeder Arbeitgeber seinen Beschäftigten das zahlen, was er für richtig hält und sich leisten kann. Ich bin noch in den Genuss der **Berlin-Zulage** gekommen, die durch den von **Helmut Kohl** forcierten, schnellen Subventionsabbau für Berlin zwischen 1990 und 1994 von acht auf vier, dann auf zwei und letztlich auf null abgesenkt wurde. Nun gibt es sie wieder als **Hauptstadt-Zulage**. Unterschied zu damals: sie gilt nur für die Beschäftigten des Landes Berlin, während die Berlin-Zulage seinerzeit an alle Arbeitnehmer ausbezahlt wurde. Wie gesagt, schönes Weihnachtsgeschenk der SPD, das sich bestimmt auf die Umfragergebnisse für Dezember auswirken wird.

An einem Beispiel kann man auch hier einerseits und andererseits sagen. Bei den Beschäftigten in den Kindertagesstätten entsteht nun ein Ungleichgewicht. Zur Erinnerung: Es war der Rot-Grüne Übergangssenat, der 2001 die teilweise Kita-Privatisierung auf den Weg brachte, die von Rot-Rot in den Folgejahren realisiert wurde. Der Stand von heute ist, dass sich rund 20 Prozent der Kita-Plätze in den Eigenbetrieben befinden und 80 Prozent bei freien Trägern. Die Beschäftigten in den Eigenbetrieben bekommen natürlich die Zulage, die anderen nicht. Damit entsteht eine Ungleichheit beim Personal in der Kinderbetreuung. Und das ist einerseits schlecht und andererseits ungerecht. Die Teil-Privatisierung der Kindertagesstätten war schließlich eine Entscheidung des Senats, also hat er auch für gleiche Voraussetzungen in allen Kitas zu sorgen. Das Motto des Senats scheint aber zu sein: einerseits keine Kita-Gebühren erheben, andererseits schlechtere Gehälter für Erzieherinnen und Erzieher der freien Träger. Mit dem gestern beschlossenen Haushaltsvolumen von 31 Milliarden kann man einerseits viele, andererseits nicht alle glücklich machen. **Ed Koch**